V0763/21

<u>Pflegeprognose Stadt Ingolstadt 2019 – 2039</u> (<u>Referent Herr Fischer</u>)

Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien vom 13.10.2021

Herr Schels trägt eine Präsentation zur "Pflegeanalyse 1999-2019 und Pflegeprognose 2019-2039" vor, die dem Protokoll beigefügt wird.

Stadtrat Niedermeier geht auf das Thema beschützendes Wohnen ein und beschreibt, dass es in Ingolstadt 12 Pflegeeinrichtungen gebe, die beschützendes Wohnen anbieten aber nur drei Einrichtungen Plätze anbieten. Er vermutet, dass diese Plätze zu wenig Geld bringen, obwohl sehr viel dahinterstecke, denn man benötige einen abgeschlossenen Bereich der barrierefrei sein muss und man benötige eine 24h Betreuung. Noch schlimmer sei es allerdings, wenn es um die Kurzzeitpflegeplätze gehe, denn da seien nur sehr wenige Plätze vorhanden und müssen lange im Voraus gebucht werden, ansonsten habe man keine Chance einen Platz für Angehörige, die kurzfristig untergebracht werden müssen, zu bekommen. Stadtrat Niedermeier ist der Ansicht, dass bei den zwei Punkten beschütztes Wohnen und Kurzzeitpflege in Ingolstadt noch nachgearbeitet werden müsse.

Frau Einödshofer teilt die Meinung von Stadtrat Niedermeier nicht ganz, denn bei der Bedarfsanalyse der letzten Jahre habe sich gezeigt, dass diese beschützenden Plätze kaum gefragt seien. Speziell bei beschützenden Einrichtungen sei es so, dass nur Personen untergebracht werden, die einen Unterbringungsbeschluss vom Gericht vorweisen können und daher sei es noch schwerer diese Plätze zu belegen. Zum Thema Kurzzeitpflege verweist Frau Einödshofer auf die Vorlage zur Pflegeoffensive in diesem Sitzungsdurchlauf. Es sei unter anderem geplant, das Thema Kurzzeitpflege im Pflegestrukturgespräch Ende des Monats nochmals mit den Trägern zu erörtern.

Stadträtin Bulling-Schröter hakt nach, wieso die Fragen auf Seite 18 der Präsentation nicht beantwortet seien und bittet des Weiteren um eine Statistik über Pflegewohngemeinschaften. Es seien 200 Pflegeplätze weniger als in der letzten Statistik, doch es sei ihr unerklärlich wieso die Pflegeplätze weniger werden.

Herr Schels führt aus, dass es keine amtliche Statistik zu Pflegewohngemeinschaften gebe, er aber davon ausgehe, dass das Amt für Soziales dazu Informationen habe. Herr Schels erklärt, wie die Prognose berechnet sei und merkt an, dass die Pflegequote immer wieder neu berechnet werde aber auch die Änderung des Gesetzes bei der Berechnung eine große Rolle spiele.

Frau Einödshofer weist darauf hin, dass die Fragen absichtlich nicht beantwortet seien, denn es solle nur darauf hingewiesen werden, dass es sehr schwierig sei eine 100 prozentige Prognose aufzustellen und eine weitere große Rolle bei der Berechnung sei auch die Mobilität und die steigenden Arbeitnehmerzahlen. Für die Erhebung sei immer die Kommune zuständig und man habe auch versucht im Zusammenhang mit dem

Pflegegutachten von 2015 mit den Landkreisen in der Region ins Gespräch zu kommen und abzufragen, doch es sei nicht möglich Zahlen oder Auskünfte zu bekommen. Zum Thema Altenwohngemeinschaften trägt Frau Einödshofer vor, dass es keine offiziellen Zahlen gebe aber auf der Seite des Amtes für Soziales seien Informationen zur Pflege oder Wohnformen abrufbar, jedoch gebe es keine Zahlen zu Bedarfen, denn das seien individuelle Formen und jede Wohngemeinschaft sei anders. Es gebe Nachfragen, doch vor allem seien das Privatinteressierte die mit einsteigen wollen. Der Betrieb von Wohnheimen sei vom Heimrecht her nicht ganz einfach und nicht klar geregelt. Der Begriff betreutes Wohnen sei zudem kein geschützter Begriff, daher seien die Angebote sehr unterschiedlich und sehr genau zu betrachten.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.